

"RK 2000: Die Union mit dem Rücken zur Wand" in L'Europe en formation (Sommer 1999)

Legende: In ihrer Sommerausgabe 1999 kritisiert die föderalistische Zeitschrift L'Europe en formation die Schwachpunkte des Vertrags von Amsterdam hinsichtlich der institutionellen Reformen der Europäischen Union, die notwendig ist für die Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL). Der Artikel unterstreicht gleichzeitig die Herausforderungen für die nächste Regierungskonferenz (RK).

Quelle: L'Europe en formation. Été 1999, n° 313. Nice. "C.I.G. 2000: l'Union au pied du mur", p. 3-6.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rk_2000_die_union_mit_dem_rucken_zur_wand_in_l_europe_en_formation_sommer_1999-de-c023bdee-49ae-4a5b-abe9-b77c53a1506d.html



Publication date: 05/07/2016

Regierungskonferenz 2000: Die Union mit dem Rücken zur Wand

Leitartikel

Der soeben in Kraft getretene Vertrag von Amsterdam sollte die Organe der Europäischen Union grundlegend reformieren, um „die große Erweiterung“ unter akzeptablen Bedingungen möglich zu machen. Bekanntlich wurde nichts daraus. In einem der zum Vertrag gehörenden dreizehn Protokolle heißt es jedoch, dass „vom Zeitpunkt des Inkrafttretens der ersten Erweiterung der Union an ... der Kommission ... ein Staatsangehöriger je Mitgliedstaat [angehört], sofern zu diesem Zeitpunkt die Stimmenwägung im Rat ... in einer für alle Mitgliedstaaten annehmbaren Weise geändert worden ist“ (Art.1). Dabei soll „die Frage eines Ausgleichs für jene Staaten“ berücksichtigt werden, „welche die Möglichkeit aufgeben, ein zweites Mitglied der Kommission zu benennen“. Des Weiteren soll laut Artikel 2 spätestens ein Jahr vor der Erweiterung der Union auf zwanzig Mitgliedstaaten eine Regierungskonferenz einberufen werden, um „die Bestimmungen der Verträge betreffend die Zusammensetzung und die Arbeitsweise der Organe umfassend zu überprüfen“. In einer Zusatzklärung fordern Belgien, Frankreich und Italien eine „erhebliche Ausweitung des Rückgriffs auf eine Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit“.

- Der Europäische Rat ging vorsichtig vor und beschloss am 3. und 4. Juni dieses Jahres in Köln, im Jahr 2000 zuerst unter dem Vorsitz Portugals und anschließend Frankreichs eine Regierungskonferenz einzuberufen, die die institutionellen Fragen klären sollte, die mangels Konsens zwischen den Fünfzehn nicht in Amsterdam geregelt worden waren: Größe und Zusammensetzung der Kommission, neue Stimmengewichtung im Rat, „eventuelle“ Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen. Der Erklärung von Köln zufolge könnte diese Regierungskonferenz sich auch mit „weiteren Vertragsänderungen“ befassen, „soweit sie sich in Bezug auf die europäischen Organe im Zusammenhang mit den vorgenannten Fragestellungen und im Zuge der Umsetzung des Vertrags von Amsterdam ergeben“. Dieses Eurokraten-Kauderwelsch lässt vielerlei Deutungen zu...

- Vor diesem Hintergrund legte die finnische Ratspräsidentschaft am 1. Juli ein Programm voller guter, indes vager Absichten vor. In diesen Vorschlägen ist die Rede von „Effizienz“, verbesserter Transparenz und Kohärenz, „umfassender Entwicklung der Außenbeziehungen der Union über die bestehenden Pfeiler hinaus“, außerdem wird von zu verbessernden Beschlussfassungsverfahren gesprochen, damit die Union „die mit ihrer Erweiterung verbundenen Herausforderungen“ bewältigen könne. Als prägendes Ereignis unter finnischem Vorsitz ist vielmehr vor allem die Ausarbeitung einer Charta der Grundrechte der EU zu erwähnen. Diesem Thema wird sich die außerordentliche Sitzung des Europäischen Rates im Oktober in Tampere widmen. Das Unterfangen ist in höchstem Maße löblich, wenn man sich auch die Frage stellen darf, ob es wirklich unverzichtbar ist: Es besteht ja bereits die europäische Menschenrechtskonvention im Rahmen des Europarates, dem alle Mitglieder der Europäischen Union angehören.

In Wirklichkeit ist Finnland vor allem am Aufbau einer Informationsgesellschaft – es ist führend auf dem Gebiet der Informatik – sowie am europaweiten Umweltschutz und an der Krise am Arbeitsmarkt interessiert, da die Arbeitslosenquote im Land bei über 10 % liegt. Die Finnen selbst haben sich mit der Europäischen Union noch nicht so recht angefreundet: Sie scheint ihnen etwas abgehoben und undurchschaubar zu sein, so lag denn auch die Wahlbeteiligung bei den jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament unter dreißig Prozent.

- Trotz der sommerlich bedingten Lethargie haben sich bereits zahlreiche Persönlichkeiten zu Wort gemeldet und die in Köln beschlossene restriktive Aufgabenstellung für die kommende Regierungskonferenz im Jahre 2000 beklagt. Vicomte Davignon, ehemaliger belgischer Vize-Ratspräsident der Europäischen Union und heute Vorsitzendes des Verbandes der „Freunde Europas“, forderte eine „neue Messina-Konferenz“, auf der ein neuer Vertrag beschlossen werden sollte, der 2004 in Kraft treten könnte.
- Im Verlauf einer Anhörung auf Initiative der EU-Delegation des französischen Senats im vergangenen Juni brachte Jacques Delors sein Bedauern zum Ausdruck, dass eine „Mini-Regierungskonferenz“ angestrebt werde. Er vertrat erneut die These der „offenen Avantgarde“, für die übrigens das deutsch-französische Duo initiativ werden könnte und sollte. Wie Davignon spricht auch Delors sich dafür aus, dass die Kommission

nicht nur dem Europäischen Parlament, sondern auch dem Europäischen Rat gegenüber verantwortlich ist. Für Delors ist der beste Weg für eine Reform ein neuer Vertrag, zu dem der Weg von einem Ausschuss geebnet werden sollte. Als generelle Richtschnur fordert der Initiator der europäischen Währungsunion Transparenz, Effizienz, eine Änderung der Arbeitsweise des Rates, ein europaweit einheitliches Verfahren zur Wahl des Europäischen Parlaments sowie die Entlastung der Kommission im Bereich ihrer Verwaltungsaufgaben.

Was die allgemeine Anwendung der Mehrheitsentscheidung angeht, vermerkt Jacques Delors jedoch etwas sarkastisch, dass dieser Wunsch nach einer Ausweitung auf alle Fragen der Steuerpolitik wohl „aus reinem Spaß an der Freude“ vorgebracht wird. Außerdem glaubt der frühere Kommissionspräsident genau so wenig an eine europäische Verfassung wie an die Fähigkeit der Mitgliedstaaten, auf ihr Recht zur Ernennung eines europäischen Kommissars zu verzichten, wenn ihm auch „eine besser strukturierte Exekutive“ erforderlich scheint, um der „numerischen Herausforderung“ gerecht zu werden. Schließlich bezweifelt er, dass der GASP-Beauftragte der EU gegenüber fremden Staaten das Problem der bereits häufig festgestellten fehlenden einheitlichen Vorgehensweise überwinden kann, und äußert sein begründetes Misstrauen gegenüber bisherigen „fruchtlos verlaufenen Absichtserklärungen“ auf dem Gebiet der europäischen Verteidigungspolitik.

- Michel Barnier, neuer französischer Kommissar und Vertrauter Jacques Chiracs, hat ebenfalls kundgetan, dass er eine „institutionelle Minireform“ ablehnt. Er zeigt sich überzeugt, dass man sich nicht auf die erste Etappe des Protokolls von Amsterdam beschränken dürfe und plädiert nachdrücklich für eine „konstitutionelle Vertiefung des Vertrages“ sowie für eine europäische Verteidigungspolitik (für die auch der französische Staatspräsident sich kürzlich erneut aussprach). Aber wird es deshalb gelingen, dieses Vorhaben aus dem eng umrissenen Bereich der während 43 Jahren innerhalb der WEU praktizierten zwischenstaatlichen Kooperation auszugliedern?

- Schlussendlich hat Jacques Attali – ehemaliger Berater François Mitterrands, ehemaliger Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und derzeitiges Mitglied des französischen Staatsrates – auf Ersuchen des französischen Außenministers soeben einen Bericht über die Zukunft des Europa 2000 vorgelegt. Attali, der außergewöhnlich begabt ist – er ist Absolvent der Ecole polytechnique, der französischen Elitehochschulen Ecole des mines und ENA und versuchte sich auch mit Erfolg als Essayist, Romancier und Dramaturg –, stellt sich in seiner dem französischen Außenministerium überreichten Vorlage ein „Europa“ aus etwa 40 Mitgliedstaaten vor, d.h. die derzeitige Europäische Union, sämtliche mittel- und osteuropäische Länder, den gesamten Balkan, Russland, Weißrussland, die Ukraine, die Türkei, Georgien, Armenien, sowie ... die Schweiz. Attali übertrifft also bei weitem den Traum de Gaulles von einem „Europa vom Atlantik bis zum Ural“. Attalis Europa wäre eine „plurale Union“ und das Ergebnis einer „differenziellen Integration“, d.h. weder „hierarchisch“ noch „pyramidal“, sondern „als polyzentrisches Netzwerk“ aufgebaut, um so „multiple Einheiten“ in sich zu vereinen.

Lösungsvorschläge werden in Hülle und Fülle vorgebracht. Manche machen sich den bekannten föderalen Ansatz zu Eigen, so z.B. die allgemeine Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit anstatt mit Einstimmigkeit. Aber Jacques Attali will von einer „föderalen Union“ nichts wissen. Man muss sich daher fragen, wie er sich die Verschmelzung der europäischen Präsidenschaften vorstellt, für die er plädiert und die auch von verschiedenen föderal inspirierten Autoren empfohlen wird.

Im Übrigen lässt Attali seinen Gedanken freien Lauf und kann sich so sehr gut vorstellen, „ein für alle Mal“ die Zahl der Kommissare sowie der Ratsmitglieder „zu begrenzen“, da keiner von ihnen mehr einen einzelnen Staat vertreten würde, sondern „Bezirke“ mit mehreren Staaten. So würde auch der Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ mit der Kommission zusammengelegt (für Verwaltungsangelegenheiten der Union) und die Generaldirektionen der Kommission in autonome Agenturen umgewandelt usw. Kurz gesagt, hier handelt es sich um eine europäische Trapeznummer, die nicht unbedingt dazu beiträgt, die sich mit Blick auf die beiden Regierungskonferenzen bereits abzeichnende Konfusion zu mildern, und dies vor jeder Erweiterung, zu einem Zeitpunkt, da zu den Fragezeichen hinter den Organen der Gemeinschaft obendrein noch eine Neuordnung einer gemeinschaftlichen Verwaltung ansteht, die immer schwerfälliger und komplexer und damit auch verwundbar wird.

Aus „L'Europe en formation“